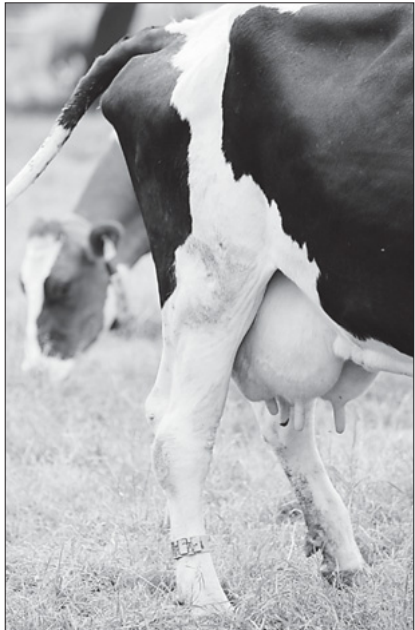


## „Jeder Landwirt spürt Europa auf seinem Hof“

Es brennt auf den Höfen“, sagt Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. Die Wirtschaftskrise schlägt auf die Bauern durch. Dazu kommt die drastische Talfahrt der Milchpreise. Einbußen von acht Milliarden Euro erwartet Sonnleitner für die gesamte Landwirtschaft in diesem Jahr. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zugesagt, sich einzusetzen. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hofft auf Hilfe der Europäischen Union.

Darf Genmais angebaut werden? Sollen die Empfänger von Agrarsubventionen veröffentlicht werden? Wie viel Milch dürfen die Bauern abliefern? Dafür ist Europa zuständig. Die EU beherrscht längst den Alltag der Bauern. „Jeder Landwirt spürt Europa auf seinem Hof“, sagt der Sprecher des Bauernverbands, Michael Lohse. Die Agrarpolitik der EU soll die Landwirtschaft erhalten und dafür sorgen, dass die Europäer mit erschwinglicher und sicherer Nahrung versorgt werden.



Wie viel Milch dürfen die Bauern abliefern? Dafür ist Europa zuständig.

Die EU-Agrarpolitik ist ein weites Feld. Sie besteht aus einem komplizierten System aus Subventionen mit direkten Einkommensbeihilfen, weiteren Fördergeldern, Umweltauflagen und Produktionsbeschränkungen wie bei der Milch. Mit rund 56 Milliarden Euro machen die Ausgaben für Landwirtschaft in diesem Jahr mehr als 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts aus – der größte Batzen. Die Weichen für diese Politik wurden 1957 gestellt. Damals ging es darum, nach dem Zweiten Weltkrieg die Versorgung mit Nahrungsmitteln anzukurbeln.

Doch Preisanreize und mehr Produktivität führten zu kostspieligen Überschüssen wie den Butterbergen. Um das zu bremsen, gibt es zum Beispiel die europaweite Obergrenze für die Milchproduktion („Milchquote“). Mehrere Reformen sollten helfen, wachsende Überschüsse und Kosten einzudämmen. Die Stilllegung von Flächen wurde gefördert, Preisstützungen durch Direktbeihilfen ersetzt. Seit 2003 bekommen die Bauern EU-Mittel nicht mehr nach Produktion, sondern nach Fläche („Entkopplung“) gezahlt.

Die Marktengriffe werden weiter zurückgefahren: Die Milchquote soll angesichts der weltweit gestiegenen Nachfrage wie etwa in China 2015 auslaufen. Andere EU-Länder wie die Niederlande, wo Milchbauern günstiger produzieren, sind darauf besser vorbereitet. Die EU hat eine Steigerung der Produktion in Stufen beschlossen und einen milliarden-schweren Milchfonds aufgelegt. Das verschärft den Druck auf die Milchpreise, die Bauern von Molkereien bekommen, sagen Kritiker. Allerdings wird die Quote nicht komplett ausgeschöpft.

Bundesagrarministerin Aigner jedenfalls kann die Milchpreise nicht erhöhen. Die CSU-Politikerin plant ein Liquiditätsprogramm. Sie hofft darauf, dass die direkten Beihilfen für Bauern nicht erst zum Jahresende gezahlt werden. Ob das den Bauern reicht, ist offen.

Marc-Oliver von Riegen, dpa

## „Wir profitieren von Frau Paulis Persönlichkeit“

Redaktionsgespräch mit dem Landeschef der Freien Wähler, Hubert Aiwanger

Von Susanne Herr

Die CSU wäre ohne uns nicht da, wo sie heute steht“, sagt der Landeschef und stellvertretende Bundesvorsitzende der Freien Wähler (FW). Und damit meint Hubert Aiwanger nicht nur den Verlust der absoluten CSU-Mehrheit bei den Landtagswahlen im Herbst. Er sieht seine Wählervereinigung in vielen Fällen vielmehr auch als Katalysator. Egal ob Milchpreise, Gentechnik oder Bildungspolitik – im Gegensatz zu den alteingesessenen Parteien verschanze man sich nicht im Maximilianeum, sondern greife die Fäden auf, die die Bürger bewegten. „Wir sind das schlechte Gewissen der CSU, erst durch den Verlust der absoluten Mehrheit sind viele Themen auf die Tagesordnung gekommen“, erläutert Aiwanger im Gespräch mit Redakteuren von Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung.

Diesen Zusammenhang würde der politische Gegner aber leider nicht erkennen. „Lieber spielt die CSU die beleidigte Leberwurst und gibt uns die Schuld an ihren Verlusten.“ Aiwanger würde der neuen schwarz-gelben Landesregierung deshalb auch nur ein „befriedigend bis ausreichend“ ins Zwischenzeugnis schreiben: „Sie haben alle Hände voll zu tun mit Schadensbegrenzung. Zwar geben sie zu, dass es Probleme gibt. Pragmatische Lösungsansätze aber werden weiter abgelehnt.“ Auch verfolge die CSU weiterhin „Größenwahnprojekte“ wie etwa den Bau der dritten Startbahn am Münchner Flughafen oder aber den Donauausbau.

Dem kleinen Koalitionspartner FDP wirft Aiwanger vor, Bundespolitik auf dem Rücken der Landespolitik machen zu wollen. Ministerpräsident Horst Seehofer wiederum attestiert er jetzt schon Überdross: „Ich gehe davon aus, dass Seehofer seine Amtszeit nicht zu Ende führt. Der hat nicht mehr die große Lust, das alles fünf Jahre lang mitzumachen.“

Mag sein, dass Aiwanger hofft, eine solche Entscheidung durch ein gutes Abschneiden der Freien Wähler bei der Europawahl am 7. Juni zu beeinflussen. Er ist zuversichtlich, dass die bundesweit antretenden Freien Wähler dabei die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. „Wir rechnen mit 5,1 Prozent“, präzisiert er seine Vorstellungen. Ziel der Frei-



FW-Chef Hubert Aiwanger: „Der Bundespräsident sollte vom Volk gewählt werden.“

Foto: Ralf Lipp

en Wähler sei es, das Parlament zu stärken, den Einfluss der Lobbyisten zurückzudrängen und mehr Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen zu erreichen.

Mit Gabriele Pauli freilich haben die Freien Wähler eine Spitzenkandidatin, die sich nicht unbedingt der Parteidisziplin unterwirft. Und so ist Aiwanger besonders bemüht, eventuelle Missverständnisse wieder geradezurücken. Dass Pauli sich für einen EU-Beitritt der Türkei ausspreche, sei so nicht richtig. „Da ist ein falscher Zungenschlag reingekommen“, meint der FW-Chef. „Sie hat erst kürzlich wieder betont, dass das für die nächsten Jahrzehnte kein Thema ist.“ Und auch Paulis Vorstoß für Englisch als einzige Amtssprache der EU sei vor dem Hintergrund der hohen Dolmetscherkosten für die EU zu sehen. „Wir meinen nur, dass die Mitgliedsstaaten die Übersetzungen selbst organisieren sollten. Selbstverständlich wollen wir Deutsch weiter als Amtssprache“, ergänzt Aiwanger.

Doch trotz der Erklärungsnot im Hinblick auf so manche ihrer Äußerungen steht Aiwanger voll hinter der Spitzenkandidatin. „Mit einem

farblosen Ja-Sager hätte ich es sicher leichter gehabt“, gibt er zu. „Dann würden wir aber auch nicht von der starken Persönlichkeit von Frau Pauli profitieren.“

Nichts zu sagen haben wird diese starke Persönlichkeit indes bei der Bundespräsidenten-Wahl am kommenden Samstag. Da sie deutliche Sympathien für die SPD-Kandidatin Gesine Schwan erkennen ließ, wurde Pauli von der Stimmabgabe bei der Bundesversammlung „entpflichtet“. „Das haben wir in gegenseitigem Einvernehmen beschlossen“, erklärt Aiwanger. Der Grund: Nach längerem Hin und Her haben sich die Freien Wähler nun doch eindeutig für Horst Köhler entschieden. „Wir werden für ihn stimmen“, bekräftigt der FW-Chef. „Wir erwarten von ihm aber auch eine klarere Positionierung in der politischen Landschaft.“ Der Bundespräsident sollte seiner Ansicht nach nicht nur einmal im Jahr eine Rede halten, sondern bei Problemen moderierend eingreifen.

„Deshalb sprechen wir uns als Freie Wähler dafür aus, dass der Bundespräsident vom Volk gewählt wird. Denn eine Person, die beim

Volk eine Vertrauensstellung innehat, könnte gerade in Zeiten der Krise zum Sprachrohr der Bürger werden“, sagt Aiwanger. Horst Köhler sei für ihn zwar die Idealbesetzung. „Doch wenn er die Stimmen der Bürger hinter sich wüsste, würde ihm das noch mehr Selbstbewusstsein verleihen.“

Dass ein Gegengewicht zu Bundeskanzlerin Merkel notwendig wäre, davon ist Aiwanger überzeugt. Gerade angesichts der Milchkrise ist er von deren langem Zögern wenig begeistert. „Frau Merkel zeigt ganz deutlich ihr Desinteresse. Sie wollte ja nicht einmal mit den in Berlin demonstrierenden Bäuerinnen sprechen. Und in der EU setzt sie sich auch nicht für die Belange der Bauern ein.“ Dabei sei es noch lange nicht in Stein gemeißelt, dass die Milchquote in der EU im Jahr 2015 wegfallen müsse. „Ich plädiere für eine Verlängerung der Quote und für eine massive Reduzierung der Menge auf EU-Ebene“, sagt Aiwanger. Eine gewisse Kontrolle der Märkte sei einfach unabdingbar: „Wohin radikaler Marktliberalismus führt, das haben wir ja bei Banken und Industrie gesehen.“

## Appelle zu Solidarität und Verantwortung

Evangelischer Kirchentag in Bremen steht unter dem Motto „Mensch, wo bist Du?“

Mit eindringlichen Appellen an Solidarität und Verantwortungsbewusstsein in Zeiten der Wirtschaftskrise hat am Mittwoch in Bremen der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag begonnen. Bundespräsident Horst Köhler rief die Teilnehmer dazu auf, den aktuellen tief greifenden Wandel gemeinsam zu gestalten. Kirchentagspräsidentin Karin von Welck betonte, das Motto des Laintreffens „Mensch, wo bist Du?“ rufe den Menschen in die Verantwortung für die Gemeinschaft, die nachfolgenden Generationen und die Verantwortung vor Gott.

„Krise, das ist immer auch die Versuchung, sich auf eigene Faust herauszuschlagen“, sagte Köhler und fügte hinzu: „Aber ‚jeder für sich‘, das kann nicht unsere Antwort sein. ‚Jeder für sich‘, das hat uns im Grunde erst in die Klemme geführt, in der wir jetzt stecken.“ Er wünsche sich, dass das Kirchentagsmotto als Aufruf verstanden werde. „Als Aufruf zum Zusammenstehen. Als Aufruf, aus unseren Fehlern zu lernen. Als Aufruf, Menschenwerk zum Guten zu verrichten. Als Aufruf, uns die große Aufgabe zuzutrauen, die vor uns liegt“, sagte Köhler weiter.



Bundespräsident Horst Köhler und seine Frau Eva Luise bei der Eröffnung des 32. Evangelischen Kirchentags in Bremen.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier betonte, Politik in der Krise bedeute, neue Antworten zu suchen und dafür zu sorgen, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholten. „Was wir brauchen, ist ein Aufbruch zum Besseren“, sagte er.

„Das Ende der Neid- und Gierphase scheint gekommen zu sein“, sagte von Welck, die auch Hamburger Kultursenatorin ist, mit Blick auf die Wirtschaftskrise. Diesen

Moment wolle man ausnutzen. Kirchentags-Generalsekretärin Ellen Ueberschär betonte die Balance zwischen Spiritualität und Politik, die den Kirchentag seit 60 Jahren präge. Kirchentag sei „weder ein verlängertes Wochenende noch ein Parteitag“, sagte sie.

Zu dem Laintreffens, das bis Sonntag dauert, haben sich knapp 100 000 Dauerteilnehmer angemeldet. Zudem werden rund 24 000 Tagesgäste erwartet. Der Kirchen-

tag findet zum ersten Mal in seiner 60-jährigen Geschichte im kleinsten deutschen Bundesland statt. Er begann am Mittwochabend mit drei zeitgleichen Gottesdiensten.

Das theologische Oberhaupt der gastgebenden bremischen evangelischen Kirche, Renke Brahms, rief die Menschen in seiner Predigt dazu auf, sich nicht zu verstecken und nicht die Ohren und Augen zu verschließen vor dem Ruf Gottes und dem Leid der Menschen, sondern stattdessen Verantwortung zu übernehmen.

Im Anschluss an die Eröffnung stand der Abend der Begegnung auf dem Programm, ein großes Straßenfest in der Bremer Innenstadt. Heute nimmt der Kirchentag sein inhaltliches Programm auf.

Rund 3 000 Veranstaltungen umfasst das Programm, das weit über geistlich-spirituelle Angebote wie Gottesdienste, Andachten und Bibelarbeiten hinausgeht. Zahlreiche ranghohe Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben ihr Kommen zugesagt, darunter Kanzlerin Angela Merkel, SPD-Bundespräsidentenkandidatin Gesine Schwan und die Vorsitzenden von SPD und Grünen, Franz Müntefering und Cem Özdemir.